

**Jürgen Weber zu TOP 11:**

## **Sicherung des Lehrerberarfs**

In den nächsten zehn Jahren scheidet in den alten Bundesländern fast jeder zweite Lehrer aus dem Schuldienst aus. Wir haben einen jährlichen Einstellungsbedarf von bis zu 30.000 Lehrerinnen und Lehrern, es stehen aber höchstens  $\frac{3}{4}$  dieser Zahl als Studierende für zur Verfügung. Die Zahl der Studienanfänger in Deutschland sinkt, auch in den lehrerbildenden Fächern, und die Konkurrenz mit der Wirtschaft wächst, gerade in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern.

Die Attraktivität des Lehrerberufs soll erhöht werden. Da kann man mit der Wiederanhebung der Anwärterbezüge sicherlich einiges tun, eine teure, aber notwendige Korrektur eines Fehlers der alten Bundesregierung; es sind aber nicht allein die finanziellen Anreize, die uns weiterbringen.

Wir haben keine Probleme, Lehrer für die Grundschulen zu finden, aber immer weniger sind bereit, in der Hauptschule zu unterrichten. Schon heute müssen wir die Stellen an Hauptschulen mit Realschullehrern besetzen.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:

Die Arbeitsbedingungen und –belastungen in Teilbereichen unseres Schulsystems spitzen sich zu. Wir brauchen dort mehr flankierendes sozialpädagogisches Personal.

Wir brauchen eine verbesserte Lehrerausbildung. Wir brauchen übrigens dringend mehr schulartübergreifende Elemente in der Lehreraus- und -fortbildung.

Und wir brauchen in der Perspektive auch ein gerechteres System der Lastenverteilung der Lehrer in den unterschiedlichen Schularten.

Auch das Problem sinkender Studierendenzahlen kann nicht mit kurzfristigen Aktionen allein behoben werden. Es gibt nicht zu viele, sondern zu wenige studierwillige und – fähige junge Menschen in Deutschland. Wer den Zugang zum Abitur und zum Studium begrenzen, erschweren oder kanalisieren will, behindert die dringend notwendige Erhöhung der Zahl der jungen Menschen mit wissenschaftlicher Ausbildung.

Einer rechnerischen Deckungslücke von mindestens 1.500 Vollzeit-Lehrkräften bis zum Schuljahr 2004/2005 steht eine hohe Zahl von Bewerbern (z.Z. 40%) aus anderen Bundesländern entgegen. Schleswig-Holstein ist allen Unkenrufen zum Trotz offensichtlich außerordentlich attraktiv.

Wir begrüßen die Maßnahmen, die die Landesregierung auf den Weg gebracht hat: die „Welcome back-Aktion“, die erste Früchte trägt, die Anwerbung von Quereinsteigern in Mangelfächern mit entsprechenden Weiterbildungsangeboten, die Flexibilisierung der LLVO mit dem Ziel, neue Fächerkombinationen zuzulassen und einen vereinfachten Laufbahnwechsel zu ermöglichen.

Beschäftigungsangebote während unvermeidlicher Wartezeiten vor der Einstellung in den Vorbereitungsdienst und andere Maßnahmen.

Das Bildungsministerium knüpft an seine erfolgreiche Initiative „Gute Leute machen Schule“ an, die in der Republik jetzt viele Nachahmer gefunden hat.

Alles, was die KMK mit ihrer Erklärung vom 22.2.2001 an Maßnahmen zur Deckung des Lehrerbedarfs aufgegeben hat, ist in Schleswig-Holstein bereits auf dem Weg:

Werbemaßnahmen

der Abbau von Mobilitätsschranken

Nachqualifizierung

und Seiteneinsteigerprogramme.

Wir müssen mehr und detaillierter wissen über die Lehrerbedarfe an den Schulen.

Deswegen erwarten wir von der Landesregierung Prognosen, die auch schullaufbahnbezogen und fächerspezifisch sind.

Überall in der Republik gesuchte qualifizierte Lehramtsbewerber, von denen wir wissen, dass wir sie in zwei, drei Jahren dringend brauchen und kaum noch bekommen werden, dürfen wir heute nicht in die Warteschleife schicken.

Wir halten ein pauschales Vorziehen von neuen Stellen – wie es die CDU mit ihrem 500er Versuchsballon ins Spiel gebracht hat – für nicht seriös. Wir brauchen einen kurzfristigen Einstellungskorridor für Bewerber in Mangelfächern.

Dafür brauchen wir aber auch den Mut, nicht nur nach linearen Schülerzuwachsdaten einzustellen und zu verteilen. Das ist nicht ohne zusätzliche finanzielle Anstrengungen zu haben.

Wir brauchen gezielt mehr Plätze für Referendare und Anwärter, um junge Studienabsolventen, die wir dringend benötigen, auch ausbilden zu können.

Den FDP-Vorschlag zur Errichtung von Unterrichtsergänzungsfonds halten wir für sehr prüfenswert. Darüber wird noch zu reden sein.

Aufmerksamkeit wird in der aktuellen Debatte den Seiten- oder Quereinsteigern gewidmet. Unstrittig ist, dass wir uns bemühen müssen, Studierende in Magister- oder Diplomstudiengängen zu motivieren „auf Lehrer umzusatteln“.

Einigkeit besteht auch darin, Absolventen aus geeigneten Nicht-Lehramtsstudiengängen Zugang zum Referendariat zu ermöglichen und an den berufsbildenden Schulen auch den Zugang zum Lehramt direkt zu ermöglichen.

Quereinsteiger mit qualifiziertem Studienabschluss aus anderen beruflichen Bereichen für die Schulen zu gewinnen, indem man ihnen ein Aufbaustudium und ein Referendariat neben einer befristeten Anstellung mit zuerst verminderter Unterrichtsverpflichtung anbietet, wird kaum gelingen können.

Kollege Klug, oft ein Meister des fehlgehenden Vergleichs, wenn es um Bildungspolitik geht, nutzt neuerdings gerne den Begriff des bildungspolitischen Volkssturms, um flexiblere Lösungen beim Einsatz von Quereinsteigern in der Schule zu denunzieren.

Was wir brauchen, ist eine Regelung, die im Einzelfall sinnvolle und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen anbietet. Wer aber Qualität mit Qualifizierungsweg gleichsetzt, stellt Hürden auf, die uns nicht weiterführen. Die Landesregierung ist jetzt gefragt, die angekündigte Änderung der LLVO schnell umzusetzen.

Bisweilen wird versucht, die Entscheidung für eine Teilkonzentration der Lehrerausbildung des Landes in Flensburg rückgängig zu machen. Wir erteilen solchen Ansinnen eine klare Absage. Ich will nicht die Startprobleme in Flensburg in Abrede stellen, (die ihre Ursache übrigens nicht nur in Flensburg haben). Aber es ist unakzeptabel, den positiven Trend in Flensburg vom Tisch zu wischen: Zum Wintersemester ist die Zahl der Erstsemester im gesamten Lehramtsbereich um 24 % gestiegen, im Grund- und Hauptschulbereich um 17 %. Damit sind noch nicht unsere Probleme gelöst. Der Trend ist aber klar positiv.

Wir werden uns – bei aller immer auch gebotenen kritischen Betrachtung – jedenfalls nicht daran beteiligen, die Uni Flensburg kaputt zu nörgeln.

Wir werden auf jeden Fall mehr föderalen Wettbewerb bekommen. Dagegen ist auch überhaupt nichts zu sagen, wenn „der legitime Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf Unterrichtskontinuität im Schuljahr“ – wie die KMK das formuliert – gewahrt bleibt. Bei den Anwärterbezügen wird über eine länderspezifische Deregulierung nachgedacht. Bis zur Öffnung der Eingangsbesoldung ist es dann nur noch ein kurzer Schritt. Wir sollten deshalb sehr wachsam sein, dass hier nicht ein vor allem für die weniger finanzstarken Länder unheilvoller Wettlauf einsetzt.

Bei allen unseren Maßnahmen müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir nicht gemäß dem viel zitierten „Schweinezyklus“ die nächste Phase der Lehrerarbeitslosigkeit mit auf den Weg bringen.

Lehramtsstudiengänge und der Rest der Hochschulausbildung laufen parallel.

Immer noch gilt:

Nur wer Lehrer studiert hat, kann Lehrer werden.

Wer Lehrer studiert hat, kann nur Lehrer werden.

Wir brauchen hier bessere Verzahnungen im Studium, in der Praxis und Weiterbildung.